

Erntedankfest

Entwicklungspolitik Um den Hunger in Afrika zu bekämpfen, will Minister Gerd Müller Bauern schulen. Tatsächlich fördert er dabei die deutsche Industrie.

Am Rand des Feldes steht Sam Aweke* und starrt in den Qualm. Flammen zerfressen die Halme zu seinen Füßen. Mit der Hand umklammert er seine Sichel. „Ich habe alles verloren“, sagt er. Aweke ist Kleinbauer im Tiefland Äthiopiens. Das Land, das jetzt brennt, gehört ihm nicht, aber er hat davon gelebt. Bis die äthiopische Regierung es vor Kurzem verpachtete. Großproduzenten wollen hier Felder anlegen, deshalb verbrennen sie vor Awekes Augen seine Ernte. Ohne das Gras wird er sein Vieh nicht durchbringen. Er wird sich und seine Familie nicht ernähren können.

„Eine Welt ohne Hunger“ heißt die Initiative, mit der Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) den Ärmsten der Welt helfen will. In Äthiopien und zwölf weiteren Ländern sollen „Grüne Innovationszentren“ die örtliche Landwirtschaft unterstützen. Doch statt bedrohten Kleinbauern wie Aweke zu helfen, setzt Müller auf Großproduzenten. Berater sollen helfen, höhere Erträge zu erzielen und sie professionell zu vermarkten. Dafür setzen sie deutsche Hochleistungsprodukte wie Landmaschinen und Saatgut ein. Das nützt vor allem den Unternehmen, die so ihre Produkte präsentieren können.

Hilfsorganisationen sind entsetzt. In einem Land wie Äthiopien, wo die Regierung Kleinbauern vertreibt, verschärft Müllers Programm „die ländliche Armut“, kritisiert die Welthungerhilfe. Mitte Februar wandte sich die zuständige Regionaldirektorin Ursula Langkamp per E-Mail an den Afrikabeauftragten der Kanzlerin, Günter Nooke. „Die Sinnhaftigkeit der Förderung von großflächiger Landwirtschaft“ müsse sie „stark infrage stellen“, schreibt sie. Die erhöhe „den Druck auf die genutzten Ackerbauflächen“ – zum Schaden der Bauern und Hirten.

Auch diejenigen Bauern, die Gerd Müller erreichen will, profitierten nicht langfristig von dem Hilfsprogramm, sagt der entwicklungspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion Uwe Kekeritz: „Die Zentren werden die Abhängigkeit der Bauern von internationalen Konzernen fördern, insbesondere von Saatgutherstellern und Produzenten von Düngemitteln.“ Das Minis-

terium hält dagegen, dass Bauern ja nicht gezwungen würden, Hilfe anzunehmen.

Gut 25 Tagesmärsche von Sam Awekes Dorf entfernt liegt das Deutsch-Äthiopische Landwirtschaftliche Weiterbildungszentrum. Im Hof parken ein gewaltiger Mähdrescher in Lindgrün und ein Pflug, der Smaragd 470 K Grubber, beides deutsche Fabrikate. Kulumsa ist einer jener Orte, die Entwicklungsminister Müller zum Innovationszentrum ausbauen will. Bisher zahlt hier das Bundeslandwirtschaftsministerium ein „Kooperationsprogramm“. Denn deutsche Unternehmen haben Afrika als Markt für sich entdeckt. 86 Prozent des urbaren Landes in Afrika lägen brach, verkündeten im Januar Berliner Agrarlobbyisten auf dem AGCO-Afrikagipfel. Bayer CropScience will in fünf Jahren 90 Prozent seines Umsatzes in Afrika mit neu entwickeltem Saatgut und Pflanzenschutz erwirtschaften.

Bereits Müllers Vorgänger Dirk Niebel (FDP) hatte 2013 ein eigenes Wirtschaftsprogramm aufgelegt: die German Food Partnership. Beteiligt sind mehr als 30 Unternehmen. Mit seinen Grünen Zentren hat Müller das Budget für solche öffentlich-pri-



Kleinbäuerin im westäthiopischen Tiefland
Platz für finanzstarke Pächter

vaten Partnerschaften jetzt verneunfacht, auf 81 Millionen Euro. Acht Jahre lang war Müller Parlamentarischer Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium und maßgeblich für dessen Exportförderung verantwortlich. Als er Ende 2013 Entwicklungsminister wurde, nahm er seinen zuständigen Referatsleiter, Gunther Beger, gleich mit. Hinter den Grünen Innovationszentren steckt nicht nur die gleiche Idee wie bei den Agrartrainings. Es kommen auch viele alte Bekannte zum Zug. Etwa die Landmaschinenfirma Rauch, die in sieben Ländern mitwirken soll, oder die Firma Fliegl, die für vier Zentren vorgesehen ist.

In Sam Awekes Nachbarschaft mussten in den letzten Jahren viele Leute umsiedeln, um Platz für finanzstarke Pächter zu machen. Die Regierung versprach dafür Strom, Kliniken und Lebensmittel. Es waren leere Versprechen. Jetzt sind sie abhängig von Freiwilligen, die sie versorgen, während ringsherum die Felder brennen.

Kristiana Ludwig

* Name von der Redaktion geändert.